schossenen auftreffen und so „eine ungeheure Aufprall-Betäubungswirkung ohne einen tödlichen Effekt" erzielen.

Aus einem MG-artigen Gerät verschossen, eröffnen die Leinensäckchen Polizeitaktikern etwa bei Geiselbefreiungsaktionen völlig neue Perspektiven: Man braucht Geiselnehmer und Geisel mit einer Beutel-Garbe einfach nur umzuschmeißen; „Geisel und Täter werden sich verhältnismäßig rasch erholen: die Geiseln sind frei und unversehrt, die Täter sitzen unversehrt im Gefängnis".

Über das mutmaßliche Echo auf seine Darlegungen macht sich Autor Stammel keine Illusionen. Allein schon sein Vorschlag, deutsche Polizisten mit Schrotflinten auszurüsten, werde hierzulande „Emotionen" auslösen: „Auf Menschen richten, womit man Hasen schießt? Einfach unvorstellbar."

LEHRER

Sogar Würstelessen

In Bayern werden Lehrer ähnlich wie Schüler zensiert. Ein linker Pädagoge rutschte binnen zwei Jahren von Note 2 auf Note 7.

Im Freistaat Bayern kann ein pädagogisches Talent offenbar in kürzester Zeit völlig verkümmern.

Vor zwei Jahren galt der Junglehrer Rüdiger Offergeld, der am Münchner Luitpold-Gymnasium Unterricht in Deutsch, Sozialkunde und Religion erteilt, noch als „aufgeschlossener Lehrer" mit „spürbarem Erfolg" und „einer gepflegten Sprache", den Schüler „auf allen Stufen voll angenommen" hatten.

Aber nun ist der 32jährige Studienrat „äußerst leistungsschwach und unbelehrbar", „nachlässig" und „unfähig, sich in den Klassen durchzusetzen", sein Unterricht macht „den Eindruck von Improvisation"; „Unordnung, Schreien und Lärmen, Herumlaufen und Werfen von Kreidestücken, sogar Würstelessen" nimmt er „als unabänderliche Gegebenheit hin".

Lehrer Offergelds Arbeit wurde von seinem Schuldirektor Georg Lachenmayr erst mit der Note 2 („sehr tüchtig"), neuerdings aber mit der schlechtestmöglichen Note 7 („entspricht nicht den Anforderungen") zensiert. Daß Lehrer ähnlich wie Schüler beurteilt werden, gibt es nur in Bayern, aufgrund der dort so genannten „Regelbeurteilung".

Gegen Offergeld, den angeblich ungeeigneten Studienrat z.A. („zur Anstellung"), leitete Bayerns Kultusminister Hans Maier Ende Januar ein Entlassungsverfahren ein. Dabei wurde mit nachweislich so unqualifizierten Methoden vorgegangen, daß aus dem Fall Offergeld ein Modellfall fehlerhafter Personalpolitik zu werden scheint.

Die ministerielle Aktion gegen Offergeld stützt sich unter anderem auf ein 21-Seiten-Gutachten des Studiendirektors Albert Schlereth. Hauptpunkte: Von dem Lehrer sei der Lehrplan „allenfalls gelegentlich und dann nur unzureichend eingehalten" worden, und sein Religionsunterricht stimme nicht „mit den Grundsätzen des katholischen Bekenntnisses" überein.

Schlereth gutachtete aufgrund von schriftlichen Schülerarbeiten und setzte damit sich und seinen Auftraggeber der Kritik aus: Es sei, so urteilte der Tübinger Theologieprofessor Norbert Greinacher in einem Gutachten über das Schlereth-Gutachten, „ein völlig unmögliches Unterfangen, aus schriftlichen Arbeiten von Schülern auch nur einigermaßen abgesicherte Rückschlüsse zu ziehen auf den Lehrinhalt des Unterrichts selbst, vor allem im Zusammenhang eines Dienstentlassungsverfahrens". Insofern erklärte Greinacher das Gutachten für „völlig wertlos". Und überdies widerspreche das, was Schlereth als bekenntniswidrig monierte, „in keinem einzigen Punkt" der katholischen Religion.

Umstrittener Lehrer Offergeld, Schüler: Erst Erfolg, nun Entlassung

Kaum minder fragwürdig ist es auch, daß Offergelds Leistungen im Deutschunterricht an dem „veralteten, reformbedürftigen Lehrplan" von 1964 gemessen wurden, wie der Frankfurter Deutsch-Didaktiker Professor Valentin Merkelbach in einem weiteren Gutachten kritisierte.

Auch alles, was sonst im Fall Offergeld geschah, läßt den bodenlosen Noten-Sturz und das Vorgehen gegen Offergeld unglaubwürdig erscheinen:

- Offergeld-Schüler demonstrierten klassenweise für ihren „ausgezeichneten Pädagogen und Fachlehrer", Eltern priesen seine „klugen Denkanstöße" und den „nachhaltigen Wert" seiner „segensreichen Tätigkeit für unsere Kinder".
- Offergeld-Anwälte fanden heraus, daß sich der Schuldirektor bei Unterrichtskontrollen mit ein paar Minuten begnügte, und werteten sein Kontrollresultat als „konzentriertes Ergebnis der Voreingenommenheit und persönlichen Spannungen".

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) droht dem Offergeld-Direktor Lachenmayr mit einer Dienstaufsichtsbeschwerde, dem Kultusministerium mit einer Verwaltungsklage gegen die „von jeder Sachlichkeit siriusferne dienstliche Beurteilung".

Tatsächlich ist der politische Hintergrund des Falles kaum zu leugnen. Studienrat Offergeld ist seit einem Jahr Bundesvorsitzender des Ausschusses junger Lehrer und Erzieher in der GEW. Und obschon Bayerns Kultusminister Hans Maier wiederholt versicherte, die gegen Offergeld erhobenen Vorwürfe würden sich „ausschließlich auf den dienstlichen Bereich" beziehen, rügt das Ministerium im 17seitigen Entlassungsschreiben gleich passagenweise Äußerungen des GEW-Funktionärs Offergeld — etwa Auszüge einer im „GEW-Kursbuch" wiedergegebenen Rede:

> Kollege Offergeld berichtete über die Disziplinierung der Referendare in der Seminarausbildung ... Er verwies auf die vielfältigen Möglichkeiten, unterhalb der Schwelle des Berufsverbots „mit legalen Mitteln" Lehrer ... einzuschüchtern. Die psychischen Folgen dieser Ausbildung zum funktionierenden Staatsdiener sind in der Regel verheerend erfolgreich: Angst, Mangel an Zivilcourage, politische Apathie, totale Passivität.

„Schließlich ist zu vermerken", so — ohne Beleg — der ministerielle Bericht, „daß Studienrat z.A. Offergeld für eine enge Zusammenarbeit zwischen GEW und Kommunisten eintritt. Er wird zum

Bayerns Kultusminister Maier
Ist Hochdienen die Devise?

harten Kern der entsprechenden Gruppe innerhalb der GEW gezählt."

Die Lehrer-Gewerkschaft ist zum Kampf auch deshalb entschlossen, weil am extremen Beispiel Offergeld veranschaulicht werden kann, welchen Disziplinierungscharakter die dienstliche Lehrerbeurteilung im Freistaat Bayern hat. Kultusminister Maier ließ im letzten Jahr die Richtlinien der Lehrerbenotung derart verfeinern und gleichzeitig verschärfen, daß sie „jederzeit für eine subtile Zermürbungstaktik hinreichen" (GEW-Sprecher Klaus Weinzierl).

So wurde der Noten-Katalog in den nun vorgeschriebenen Worturteilen so elastisch, daß zwischen einer 2 („sehr tüchtig") und einer 5 („entspricht voll den Anforderungen") kaum wahrnehmbare Unterschiede liegen; selbst eine 6 „entspricht noch den Anforderungen". Der Ermessensspielraum für die notengebenden Direktoren wurde erhöht, die Widerspruchsmöglichkeiten der benoteten Lehrer wurden verringert.

Und wie sich das Ermessen künftig auszuwirken hat, schrieb Minister Maier seinen Rektoren durch eine interne „Orientierungshilfe" obendrein vor: Noten von 1 bis 3, die zur Beförderung berechtigen, dürfen demnach nur maximal 30 Prozent der Lehrer bekommen; Noten von 4 bis 6 sollen die übrigen erhalten, die damit auf Jahre von der Übernahme ins Beamtenverhältnis und von der Beförderung ausgeschlossen sind. Die Note 7, die Offergeld-Beurteiler Lachenmayr vergab, soll offenbar eine Rarität bleiben.

Das Prozent-Puzzle hat sich nach Erhebung der Lehrer-Gewerkschaft schon bei der ersten Beurteilung nach der Neuregelung kräftig ausgewirkt. Während früher der Zensurendurchschnitt bei 1,7 lag, rutschte er nun auf 3,98 herunter. Studienräte z.A., die früher häufig schon nach anderthalb Jahren ihre Probezeit beenden durften, wurden nun überwiegend mit Note 5 abgefertigt und müssen weiter warten.

„Die 5 als Regelnote", so der GEW-Landesverband, „besorgt den erwünschten Dämpfer für die weitere Laufbahn. Hochdienen ist wieder die Devise."

FARBFERNSEHEN

Pal für Mao

Mit Geld und guten Worten will Bonn dem deutschen Farbfernseh-System Pal in den Ländern der Dritten Welt gegen die französische Secam-Konkurrenz zum Durchbruch verhelfen.

Immer wenn sich Dr. Joseph Thomas, Abteilungsleiter Ausland im Bonner Bundespresseamt, über die neueste Frontlage im Fernsehkrieg zwischen Deutschen und Franzosen informieren will, greift er zu einer großformatigen Weltkarte.

Fein säuberlich, mit blauen und schwarzen, mit roten und grauen Strichen ist darauf eingezeichnet, welche Länder der Erde inzwischen mit dem deutschen Farbfernsehsystem Pal oder dem französischen Secam bestrahlt werden, wer bislang als loser Verbündeter gewonnen wurde, wer neutral ist.

Europa ist bereits aufgeteilt: Während die kommunistischen Staaten das Secam-Verfahren übernahmen, schlugen sich die Westeuropäer mit Ausnahme Luxemburgs und möglicherweise der noch unentschlossenen Italiener auf die Seite von Pal, das der AEG-Physiker Dr. Walter Bruch 1963 erfand.

Doch nun ringt die französische und die deutsche Lobby rund um den Erdball um die Gunst der Dritten Welt — und erstmals will Bonn die heimische Industrie dabei nicht mehr nur mit diskreten Handreichungen seiner Diplomaten unterstützen.

Im Haushaltstitel 531 04 des Presseamts („politische Öffentlichkeitsarbeit Ausland") genehmigten die Parlamentarier des Bonner Haushaltsausschusses erst kürzlich drei Millionen Mark für „Maßnahmen zugunsten des Pal-Fernsehens im Ausland". SPD-MdB Helmut Esters, der sich für die Pal-Millionen stark gemacht hat, erläutert die seltsame Subvention: „Das ist eine flankierende Maßnahme für den industriellen Bereich", den Lizenzträger AEG-Telefunken.

Auf Kosten Bonns sollen Pal-Interessenten aus Asien, Afrika und Südamerika in die Bundesrepublik eingeladen werden, sollen Techniker, Kameraleute und Journalisten das Farbwunder an der Geburtsstätte bewundern.

„Das schafft ein Netz von Beziehungen", meint ein Presseamts-Referent, „und ist für das deutsche Image wichtiger, als wenn wir mal 'ne Broschüre irgendwohin schicken." Und die Ministerialen im Bonner Wirtschaftsressort setzen darauf, die einmal getroffene Entscheidung für das deutsche Farbsystem werde der heimischen Elektronik-Industrie in den Entwicklungsländern auf Jahrzehnte lukrative Aufträge sichern.

Mehr noch: „Das Farbfernsehen ist", so Wirtschafts-Ministerialrat Bernhard Kahl, „ein Ausweis für Spitzentechnologie. Pal steht für ‚Made in Germany' und das Ansehen unserer Industrie."

Für die Verbreitung des deutschen TV-Mirakels hat sich Bonn schon seit langem tatkräftig eingesetzt. Wo immer sich Regierungen zwischen deutscher